

# Pressemitteilung



Gemeinsame Pressemitteilung vom Bundesverband evangelische Behindertenhilfe e.V. (BeB) - der evangelische Fachverband für Teilhabe und dem Deutschen Evangelischen Verband für Altenarbeit und Pflege e.V. (DEVAP)

## **Diakonische Fachverbände appellieren an Bund und Länder: Soziale Einrichtungen und Dienste, wie die der Behindertenhilfe, Pflege und Gesundheit müssen bei den Folgen der Energiekostensteigerungen unterstützt werden!**

**Berlin, den 10. Oktober 2022**– Der Bundesverband evangelischer Behindertenhilfe (BeB) - der evangelische Fachverband für Teilhabe und der Deutsche Evangelische Verband für Altenarbeit und Pflege e.V. (DEVAP) halten es für zwingend notwendig, dass soziale Einrichtungen und Dienste bei den Entlastungsmaßnahmen einbezogen werden. BeB und DEVAP weisen darauf hin, dass Einrichtungen und Dienste der Behindertenhilfe, Pflege und Sozialpsychiatrie angesichts steigender Energiekosten unbedingt auf die Unterstützung angewiesen sind.

Der Vorstandsvorsitzende des BeB Pfarrer **Frank Stefan** fordert, dass die **soziale Infrastruktur** ausreichend unterstützt wird. Einrichtungen und Dienste der Behindertenhilfe und Sozialpsychiatrie stehen teilweise mit dem Rücken an der Wand, weil sie die gestiegenen Energie- und Lebenshaltungskosten nicht refinanziert bekommen. Sie müssen den Betrieb für die Betreuung der Menschen mit Behinderung oder psychischer Erkrankung aufrechterhalten und dabei entlastet werden. *„Kostensteigerungen dieser Dimension lassen sich nicht auffangen, ohne dass auf diese unvorhersehbare Entwicklung durch Sondermaßnahmen reagiert wird.“*

*“Die ambulante und stationäre Pflege steht unter massivem wirtschaftlichem Druck! Vor allem die Energiekosten und die steigende Inflationsrate setzen den Institutionen zunehmend zu. So kommt es, dass stationäre und ambulante Pflegeeinrichtungen derzeit doppelt so hohe Energiekosten wie noch vor wenigen Monaten zahlen“, so **Wilfried Wesemann**, Vorsitzender des DEVAP. „Die soziale Selbstverwaltung scheitert hier, weil die Kostenträger den § 85 Abs. 7 SGB XI nicht anerkennen oder die Verhandlungen auf Landesebene zäh und langwierig sind. Unsere klare Forderung an die Politik ist, die Träger kurzfristig durch einen bundesweiten Rettungsschirm zu unterstützen und damit zeitnah für eine Stabilisierung zu sorgen. Der Bund hat in den vergangenen Jahren sehr eindrücklich unter Beweis gestellt, dass kurzfristige Finanzhilfen für Unternehmen auch in solcher Größenordnung möglich sind, wie sie die Pflege derzeit benötigt. Langfristig gilt es endlich stabile Struktur- und Finanzreformen zu etablieren. Die Reformvorschläge hierzu liegen längst vor.“*

Für Rückfragen und weitere Informationen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Sevinç Topal, Pressekontakt BeB- der evangelische Fachverband für Teilhabe  
Telefon: 030 83001-274, [presse@beb-ev.de](mailto:presse@beb-ev.de)

Anna Leonhardi, Pressekontakt Deutscher Evangelischer Verband für Altenarbeit und Pflege e.V. Telefon.: 030 83001 277, [leonhardi@devap.de](mailto:leonhardi@devap.de)